

*Bernard Aussedat**

Wie lassen sich Vertrauen und Sicherheit in Moldau wiederherstellen?

Die OSZE-Mission in Moldau wurde im Februar 1993 eingerichtet, nur wenige Monate nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Konfliktparteien diesseits und jenseits des Dnjestr. Entsprechend ihrem Mandat sollte sie „die Einrichtung eines umfassenden politischen Rahmens für Dialog und Verhandlungen erleichtern und die Konfliktparteien bei der Fortführung von Verhandlungen über eine dauerhafte politische Beilegung des Konflikts unterstützen, die die Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Moldau bei gleichzeitigem Einverständnis über einen besonderen Status der Region Transnistrien konsolidiert“.¹

Ein ungefähres Kräftegleichgewicht

Solange die Gefahr eines Wiederaufflammens der Gewalt besteht, kann es keine politische Konfliktbeilegung geben. Beide Seiten verfügen über genügend militärische Mittel, um die Tragödie von 1992 zu wiederholen – oder sogar Schlimmeres geschehen zu lassen. Das jüngste Beispiel Georgiens und seiner separatistischen Regionen zeigt, dass diese Gefahr besteht. Kann sie im Falle Moldaus abgewendet werden?

Angesichts ihrer Größe und ihrer Lage entschied sich die Republik Moldau für die Wahrung politischer Neutralität.² Die konventionelle Ausrüstung ihrer knapp 5.000 Mann starken nationalen Streitkräfte stammt noch aus der Sowjetzeit. Der größte Teil der Infanterie ist motorisiert oder mechanisiert und verfügt über gepanzerte Mannschaftstransportwagen (BTR-Klasse) oder luftverlegbare Schützenpanzer (BMD-Klasse). Moldau hat keine Kampfpanzer und die letzten sechs im Land verbliebenen Kampfflugzeuge sind nicht mehr einsatzfähig. Moldaus relativ umfangreiche Langstreckenartillerie (Geschütze und Mehrfachraketenwerfer) veraltet zunehmend und wird momentan außer Betrieb gestellt, es gibt jedoch große Mengen Feldartillerie, Panzer- und Luftabwehrwaffen. Moldau hat seine Wehrpflichtarmee zwar modernisiert, für eine Verbesserung der Ausrüstung fehlen in absehbarer Zukunft jedoch

* Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder, die nicht unbedingt mit den Ansichten der OSZE oder ihrer Gremien und Einrichtungen übereinstimmen muss.

1 CSCE Mission to the Republic of Moldova, in: CSO Vienna Group, 11. März 1993, Journal Nr. 7, Anhang 1 (eigene Übersetzung).

2 Vgl. Verfassung der Republik Moldau, Artikel 11: Die Republik Moldau als neutraler Staat, Absatz 1: Die Republik Moldau erklärt ihre ständige Neutralität, unter: <http://www.regione.taa.it/biblioteca/minoranze/moldconst.pdf> (in englischer Sprache; eigene Übersetzung).

die finanziellen Mittel. Aufgrund seiner starken Feuerkraft und erheblicher Panzerabwehrkapazitäten ist es jedoch zu begrenzten Aktionen gegen seine Widersacher in der Lage und kann jede vom linken Ufer ausgehende Offensive kontern. Im Falle eines Konflikts können maximal 100.000 Mann mobilisiert werden, die sich aus rund 10.000 Soldaten des Innenministeriums, Grenztruppen und Polizeikräften zusammensetzen.

Die transnistrische Seite verfügt über etwa 4.000 bis 4.500 Mann starke reguläre Truppen und hat den Vorteil, 18 Kampfpanzer, eine erhebliche Zahl an Mehrfachraketenwerfern und mehrere Kampfzonen- bzw. Transporthubschrauber zu besitzen. Der transnistrische Verteidigungssektor beruht ebenfalls auf einem Wehrpflichtsystem, kann aber auf zusätzliche Kosaken- und Freiwilligenkorps zurückgreifen. Einige Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt bis zu 120.000 Mann mobilisiert werden können. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Lage – der größte Teil der Erwerbstätigen arbeitet zudem im Ausland – ist 80.000 allerdings eine realistischere Zahl. Die transnistrischen Streitkräfte könnten einen nur sehr begrenzten Angriff gegen das rechte Ufer führen. Auch wenn Transnistriens Möglichkeiten, moderne Waffen zu kaufen, genauso eingeschränkt sind wie die seines moldauischen Kontrahenten, so verfügt es doch über die industriellen Kapazitäten, Waffen herzustellen oder zumindest die vorhandenen Waffen zu bestücken und umzurüsten. Obwohl Transnistrien dies stets bestreitet, erklären verschiedene Zeugen übereinstimmend, dass es geringe Mengen an Kleinwaffen, Mörsern und Mehrfachraketenwerfern produziert hat. In jedem Fall kann Transnistrien dies im Verborgenen tun, da es keinerlei internationale Verpflichtungen hat.

Ein veraltetes Peacekeeping-System

Nachdem die in Transnistrien stationierten russischen Streitkräfte – die 14. Armee unter General Alexander Lebed – die Parteien verpflichtet hatten, die Kämpfe zu beenden, gab es einen ersten Versuch, die Gefahr ihres Wiederaufflammens zu bannen: Mit der Unterzeichnung eines Abkommens im Juli 1992 wurden eine Sicherheitszone zur Trennung der Konfliktparteien und ein ständiges Organ, die Gemeinsame Kontrollkommission, eingerichtet, in der Russland und die Konfliktparteien den Ko-Vorsitz innehaben und der auch die Ukraine und die OSZE angehören. Die Gemeinsame Kontrollkommission sollte die in der Sicherheitszone stationierten trilateralen Friedenstruppen befehlen. Die Friedenstruppen haben Kontrollposten an den wichtigsten Grenzübergängen am Dnjestr errichtet und unterhalten eine Beobachtereinheit, die aus zehn russischen, zehn moldauischen, zehn transnistrischen und zehn ukrainischen Offizieren besteht und in der gesamten Sicherheitszone patrouilliert. Insgesamt sind etwa 400 Soldaten pro Kontingent in der Sicherheitszone stationiert.

In jüngster Zeit wurden jedoch die Grenzen des *Peacekeeping*-Systems deutlich. Mehrfach ist es an Grenzübergängen zu Spannungen gekommen, die in erster Linie von den Sicherheitskräften (Miliz, Polizei, Zoll und Grenzschutz) ausgelöst wurden, die trotz der im Abkommen von 1992 enthaltenen Abmachung über den freien Personenverkehr dort stationiert sind. Einige dieser Zwischenfälle haben die Arbeit der Gemeinsamen Kontrollkommission für mehrere Monate blockiert und die Gefahr der Aufkündigung des Abkommens durch eine der Parteien oder des Wiederaufflammens des Konflikts heraufbeschoren. Abgesehen vom Abzug schweren Geräts aus der Sicherheitszone – eine OSZE-Initiative, die im Sommer 2003 durchgeführt wurde – und der Reduzierung der Friedenstruppen konnte die Gemeinsame Kontrollkommission hinsichtlich der Lage vor Ort keinerlei Fortschritte erzielen. Alle Beschlüsse müssen im Konsens gefasst werden und Probleme werden häufig an höhere Stellen verwiesen, die jedoch auf die Anfragen der Kommission nicht reagieren. Der Aufbau neuer Barrieren zwischen den Parteien hat die Bedeutung der Friedenstruppen schrittweise verringert, und der freie Personenverkehr über den Dnjestr nimmt immer weiter ab; eine der nach dem Konflikt wieder aufgebauten Brücken wurde noch immer nicht für den Straßenverkehr freigegeben. Die Gemeinsame Kontrollkommission war bislang nicht in der Lage, die in der Sicherheitszone verbliebenen nicht zu den Friedenstruppen gehörenden Einheiten vollständig zu entfernen.

Das russische Gegengewicht

Die Feststellung, die militärische Stärke beider Seiten sei in etwa ausgeglichen, ist zwar richtig, lässt allerdings die relativ große Bedeutung der russischen Truppen in Moldau außer Acht, der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte (*Operative Group of Russian Forces*, OGRF), die ca. 1.200 Mann stark ist. Diese Kräfte allein wären zwar nicht in der Lage ein Wiederaufflammen des Konflikts zu verhindern, sie können jedoch von Russland aus jederzeit verstärkt werden. Russland unterhält diese Kräfte in Transnistrien zur Unterstützung des trilateralen *Peacekeeping*-Einsatzes (ca. 600 Mann) gemäß dem „Abkommen über die Prinzipien einer friedlichen Beilegung des bewaffneten Konflikts in der Region Transnistrien“ sowie zur Bewachung eines großen Munitionsdepots in Colbasna im Nordosten Transnistriens, in dem am Ende des Kalten Krieges über 40.000 Tonnen Munition lagerten, die von der 14. Armee zurückgelassen bzw. aus osteuropäischen Ländern abgezogen worden waren.

Nach dem Istanbul OSZE-Gipfel im Jahr 1999, auf dem Russland sich verpflichtet hatte, seine Truppen aus Moldau abzuziehen, wurden umfangreiche Anstrengungen unternommen, Russland bei diesem Abzug zu unterstützen: Die OSZE warb von 17 Teilnehmerstaaten freiwillige Finanzhilfen in Höhe von 22.200.000 Euro ein, mit deren Hilfe der größte Teil des Geräts zerstört

oder abgezogen werden konnte. Zwischen 2000 und 2004 wurden nicht weniger als 108 Panzer, 48 Artilleriewaffen und 91 gepanzerte Kampffahrzeuge sowie weiteres, nicht vom KSE-Vertrag begrenztes Gerät zerstört. Im gleichen Zeitraum wurde außerdem fast die Hälfte der Munition beseitigt. Kurz darauf erklärten die transnistrischen Behörden, dass die verbliebenen Bestände der russischen Streitkräfte ihr Eigentum seien und ließen keinen weiteren Abzug mehr zu. Der letzte Konvoi verließ Moldau am 24. März 2004. Im Munitionsdepot Colbasna lagern noch rund 20.000 Tonnen Munition, die für den Abtransport nach Russland oder die Zerstörung in Transnistrien vorgesehen sind. Das russische Verteidigungsministerium hat wiederholt erklärt, dass sechs Monate ausreichen, um die restlichen Bestände abzutransportieren, und dass damit innerhalb von zwei bis drei Wochen begonnen werden könnte. Seither wurde Mitarbeitern der OSZE-Mission der Zugang zum Depot mehrfach von den transnistrischen Behörden verweigert. Da man momentan nicht mehr tun konnte, verloren einige Geber die Geduld und zogen sich aus dem freiwilligen Fonds zurück. Außer einigen an den Kontrollposten stationierten gepanzerten Mannschaftstransportwagen zur Unterstützung der Friedenstruppen gibt es in der Region keine nennenswerte russische Ausrüstung mehr.

Alle gemäß dem Wiener Dokument und dem KSE-Vertrag in Moldau durchzuführenden internationalen Inspektionen wurden an der innerstaatlichen Demarkationslinie gestoppt, da die transnistrischen Behörden den moldauischen Begleitern den Zutritt verweigerten, die Inspektionsteams es jedoch wiederum ablehnten, ohne diese weiterzureisen. Transnistrien ist daher eine der letzten Regionen im OSZE-Gebiet, in der diesbezüglich keine Transparenz herrscht. Das gilt auch für die russischen Truppen, die aus demselben Grund nicht inspiziert werden können. Diese Situation kommt Russlands Absicht entgegen, so lange in der Region zu bleiben, wie der Konflikt nicht gelöst ist, unter dem Vorwand, dass seine Präsenz eine Garantie gegen jeglichen Versuch Moldaus sei, eine Wiedervereinigung mit Gewalt zu erzwingen. Der Verbleib der russischen Truppen in Moldau ist einer der Faktoren, die eine politische Lösung blockieren und Verhandlungen nicht eben erleichtern; die Truppen jedoch zu früh abzuziehen, könnte ein Sicherheitsrisiko darstellen, das ebenfalls jegliche Fortschritte verhindern würde.

Zusätzliche Aufgaben für die OSZE

Um dieses Dilemma zu umgehen und bei der Konfliktbeilegung voranzukommen, muss die OSZE

- gemeinsam mit den Vermittlern und Beobachtern beide Seiten kontinuierlich darauf drängen, die Gespräche über die politische Konfliktbeilegung baldmöglichst wieder aufzunehmen;

- den jüngsten Vorschlag des moldauischen Präsidenten Vladimir Voronin vom Oktober 2007 unterstützen, in dem er eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen (VBM) anbietet. Infolge dieser Initiative und nach einem Treffen der beiden politischen Führer in Bender im April 2008 (dem ersten seit 2001) wurden acht Expertengruppen eingerichtet, von denen fünf die Arbeit inzwischen aufgenommen haben. Letztere arbeiten an einer Beilegung, indem sie die gemeinsamen Interessen in den Bereichen Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, Eisenbahnverkehr, humanitäre Hilfe, Infrastruktur und Gesundheitswesen ausloten. Eine weitere Arbeitsgruppe wurde inzwischen zum Thema Strafverfolgungsbehörden eingerichtet; die Arbeitsgruppen zu den Themen Erziehung sowie Abrüstung und Entmilitarisierung haben noch nicht mit ihrer Arbeit begonnen;
- Gespräche über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) sowie Rüstungsreduzierung fördern. Diese technische Herangehensweise auf Expertenebene soll Gespräche über für beide Seiten akzeptable Themen ermöglichen und so den Weg für politische Entscheidungen ebnen.

Was den Sicherheitssektor angeht, so ist die Idee einer Entmilitarisierung Moldaus und Transnistriens nicht neu. Mindestens einmal im Laufe ihrer jeweiligen Amtszeit haben beide derzeitigen politischen Führungen eine Entmilitarisierung vorgeschlagen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Odessa,³ das bereits das 3+2-Format (drei Vermittler, Russland, die Ukraine und die OSZE, sowie die beiden Konfliktparteien) festlegte, wurde eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, mit denen die Anzahl der Friedenstruppen reduziert und die Verkehrsverbindungen über den Dnjestr verbessert werden sollten. Durch dieses Dokument wurden auch die bilateralen Kontakte und Konsultationen ausgeweitet: Auf Druck ihrer politischen Führungen stimmten die Leiter der Verteidigungsressorts der Unterzeichnung eines Protokolls zu, das die folgenden Maßnahmen enthält:

- die Einrichtung direkter Kommunikationsverbindungen zwischen den Verteidigungsministerien, den Generalstäben und den Offizieren vom Dienst,
- die Bildung einer gemeinsamen Kommission für Fragen der Zusammenarbeit und eines gemeinsamen Verteidigungsraums,
- die Erarbeitung von Plänen für gemeinsame Aktivitäten zur Vertrauensbildung,
- einen gegenseitigen Informationsaustausch über Übungen sowie gegenseitige Einladungen, an diesen teilzunehmen,

3 Agreement on Confidence Measures and Development of Contacts between Republic of Moldova and Transnistria (Odessa Agreement), Odessa, 20. März 1998.

- die Einrichtung eines Mechanismus zur Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Kontrollkommission und dem Gemeinsamen Militärischen Kommando der Friedenstruppen zur Lösung der Probleme in der Sicherheitszone sowie
- die Durchführung regelmäßiger Treffen zwischen den Regierungen zur Erörterung von Fragen zu diesen Themen.⁴

Einige Wochen später trafen sich hochrangige Vertreter beider Seiten und der Vermittler auf Einladung der OSZE-Mission im Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen. Dort unterbreiteten sie eine Reihe von Vorschlägen im Zusammenhang mit der Erweiterung der *Peacekeeping*-Operation, Transparenz und VBM. Sie stellten außerdem die Notwendigkeit in Frage, dass beide Seiten eine eigene Armee unterhalten, und schlugen vor, in Bender ein Gemeinsames Informationszentrum einzurichten.

Bei dieser Gelegenheit wurden weitere Vorschläge unterbreitet, die interessante Ideen enthielten, so z.B.

- die Einbeziehung weiterer Akteure in die Suche nach einer Lösung des Konflikts, wie z.B. die Medien oder NGOs,
- die Reduzierung von Streitkräften und deren Bewaffnung,
- Verfassungsänderungen, insbesondere hinsichtlich der Bestimmungen über nationale und innere Sicherheit,
- einen gegenseitigen Datenaustausch über die Streitkräfte,
- die Verifikation bereits unterzeichneter Abkommen sowie
- die Ausweitung von Transparenz und VBM auf das gesamte Staatsgebiet.

Diese Phase des intensiven Austauschs und Dialogs zwischen den Seiten währte nicht lange. Die sogenannte Wirtschaftsblockade Transnistriens, mit der die moldauische Regierung Transnistrien zur Verwendung moldauischer Zollsiegel zwingen wollte, unterbrach die Implementierung aller bereits vereinbarten Dokumente.

Als die transnistrische Seite nach dem Abzug des letzten Konvois mit russischer Munition aus Transnistrien die Bahnstrecke nach Colbasna sperrte und Experten der OSZE-Mission den Zugang verwehrte, wurde offensichtlich, dass die Gespräche wieder aufgenommen werden mussten. Doch zunächst galt es die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme zu schaffen.

4 Vgl. Protocol Decision between the Defence Ministries of the Republic of Moldova and Transnistria on Confidence Building Measures, 8. August 2001.

Der Vorschlag der OSZE: das Abrüstungs- und VSBM-„Paket“

Zu diesem Zweck erarbeitete die OSZE-Mission im Laufe der Jahre 2004 und 2005 ein Paket von Dokumenten unter dem Gesamttitel „Rüstungskontrolle – vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Moldau“.⁵

Es beruht auf den bisherigen Erfahrungen der OSZE auf diesem Gebiet, so u.a. auf dem KSE-Vertrag, dem Wiener Dokument 1999 und den Ergebnissen des Allgemeinen Rahmenabkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina aus dem Jahr 1995⁶ wie z.B. dem Florentiner Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle und dem Wiener Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina. Das Paket berücksichtigt sowohl die Situation in Moldau als auch die bisherigen Erfolge der OSZE. Nach einer genauen Analyse aller möglichen Maßnahmen, einschließlich der jüngsten von der OSZE durchgeführten (Kleinwaffen und leichte Waffen, Zerstörung von Munition und die Verwaltung von Lagerbeständen), beschloss man, eine Mischung aus den zugkräftigsten und wirksamsten Maßnahmen anzubieten. Der damalige Amtierende Vorsitzende der OSZE, Solomon Passy, überreichte den politischen Führungen beider Konfliktparteien im Jahr 2004 einen ersten Entwurf der Vorschläge.

Nach konstruktiven Kommentaren im Zuge seiner Erörterung im Ständigen Rat wurde der Entwurf von den Experten der Mission gemeinsam mit Fachleuten der Garantiestaaten, der Russischen Föderation und der Ukraine, erneut überarbeitet, bevor die Endfassung des Pakets schließlich am 12. Juli 2005 mit einem Begleitschreiben des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE im Jahr 2005, Dimitrij Rupel, den Parteien vorgestellt wurde.

Das Paket enthält alle Instrumente, die für eine ausgewogene, gleichzeitige und schrittweise Abrüstung notwendig sind, sowie eine Auswahl an VSBM.

Der erste Teil des Pakets (Teil A) umfasst die restriktivsten Dokumente; Kernstück ist der Entwurf eines Abkommens über den Abbau von Streitkräften, Waffen und Gerät – allgemein „das Abkommen“ genannt. Es sieht eine jährliche Reduzierungsquote von 20 Prozent für schweres militärisches Gerät und zehn Prozent für Personal vor; mit dem Abbau soll ein Jahr nach der Unterzeichnung begonnen werden. Das Abkommen enthält außerdem den Vorschlag, dass die Parteien nach drei Jahren eine Überprüfung vornehmen und dabei das endgültige Reduzierungsziel festlegen. Im besten Fall könnte dies zu einer völligen Entmilitarisierung führen. Eine Gemeinsame Sicherheitskommission (A-5) soll das Paket der zur weiteren Bearbeitung durch die Parteien vorgesehenen Arbeitsdokumente begutachten und die Implementierung organisieren. Die übrigen Dokumente enthalten Vorschläge für ein Verifikationsregime (A-2), die Erstellung eines Verzeichnisses der vorhandenen

5 Organization for Security and Co-operation in Europe, Arms Control – Confidence and Security Building Measures in Moldova, SEC.GAL/178/05, 28. Juli 2005.

6 General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina, paraphiert in Dayton/Ohio, USA, am 21. November 1995 und unterzeichnet in Paris, Frankreich, am 14. Dezember 1995, Anhang 1-B, Artikel II-IV und V.

Waffentypen und des vorhandenen Geräts (A1-1), Waffenreduzierungen (A-3), die Konversion kampffähiger Hubschrauber (A-4) und ein Protokoll über Besuche in Rüstungsbetrieben (A-6). Ein umfassender Informationsaustausch über Ausrüstungsbestände, Unterstellungsverhältnisse und Mannschaftsstärken ist ebenfalls geplant. Das Abkommen geht weit über die fünf Waffenkategorien des KSE-Vertrags und des Florentiner Übereinkommens hinaus und umfasst nicht nur Streitkräfte, sondern auch sämtliche Einrichtungen und Anlagen mit militärisch relevanten Funktionen. Sobald eines dieser Dokumente Zustimmung findet, soll dies automatisch zu Verhandlungen über weitere führen und so den Weg für umfassende oder gar vollständige Abrüstung frei machen.

Der zweite Teil des Pakets (Teil B) enthält den Entwurf eines Dokuments über VSBM; es wird als „das Dokument“ bezeichnet und umfasst folgende sieben Punkte:

- gegenseitige Einladungen (B-1),
- militärische Kontakte und Zusammenarbeit (B-2),
- gemeinsame Ausbildung für friedensunterstützende Einsätze (B-3),
- gemeinsame Schulungen für Inspektionen (B-4),
- Kleinwaffen und leichte Waffen (B-5),
- Zerstörung von Munition und Verwaltung von Munitionslagern (B-6) sowie
- gemeinsame Katastrophenhilfeeinsätze (B-7).

Das Dokument verfolgt den denkbar behutsamsten Ansatz zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung, bei dem alle Maßnahmen unabhängig voneinander durchgeführt werden können. Die Fassung, die letztlich unterzeichnet werden wird, enthält vielleicht nur einige der vorgeschlagenen Maßnahmen oder aber zusätzliche Maßnahmen, die die Parteien selbst ausgewählt haben.

Das Paket und die Realität

Entsprechend dem Abkommen als zentralem Bestandteil des Pakets ist der erste Schritt zu wirklichen Verhandlungen die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission. Diese Funktion könnte die Expertengruppe für Abrüstung und Entmilitarisierung übernehmen, die nach Vorschlägen Voronins eingerichtet wurde, ihre Arbeit jedoch noch nicht aufgenommen hat. Der nächste Schritt bestünde dann in einem Austausch von Informationen, deren Verifikation zunächst die Vermittler übernehmen könnten, wie z.B. in Bosnien und Herzegowina unter dem Wiener Übereinkommen (besser bekannt als Artikel-II-Übereinkommen) geschehen.

Unserer Auffassung nach sollten die Gespräche über VSBM mit der Erörterung gemeinsamer Maßnahmen zur Katastrophenhilfe beginnen. Hierbei han-

delt es sich um ein sehr heikles Thema; jüngste Katastrophen haben deutlich gemacht, dass eine bessere Koordination sowie gemeinsame Alarm- und Rettungseinrichtungen sofortige und höchste Priorität haben müssen.

Im Zuge der politischen Verhandlungen Ende 2005 und Anfang 2006 wurden bereits zwei Maßnahmen erwogen; beide zielen auf Transparenz ab:

- Erstens wurde ein Informationsaustausch über die Streitkräfte nach dem Modell des Protokolls über Informationsaustausch und Notifikationen (A-1) vereinbart. Er ist Hauptgegenstand der Verhandlungen und Voraussetzung für die Behandlung aller weiteren Verhandlungspunkte, da VSBM sinnlos sind, wenn nicht von Anfang an Transparenz herrscht.
- Zweitens bot die transnistrische Führung nach Vorwürfen der Waffenproduktion und des Waffenhandels an, ihre Rüstungsindustrie für internationale Beobachter zu öffnen. Daraufhin schlug die OSZE vor, ein Dokument auszuarbeiten, das den Besuch verschiedener Anlagen regelt, in denen möglicherweise Waffen hergestellt werden. Dieses Dokument würde sich an dem Protokoll über Einrichtungen zur Waffenproduktion (A-6) orientieren.

Beide Vorschläge fielen der Unterbrechung der Verhandlungen zum Opfer, sie sind jedoch noch nicht vom Tisch und können weiter diskutiert werden.

Nach einer offiziellen Pressekonferenz und einer Präsentation für die Teilnehmerstaaten im Oktober 2005 in Wien wurde einige Kritik geäußert, in erster Linie von Moldau:

- Das Haupthindernis für Verhandlungen seien Transnistriens geringe Bereitschaft zur Transparenz und seine Unfähigkeit, die gleichberechtigte Rolle des restlichen Moldau zu akzeptieren, das internationalen Transparenzverpflichtungen unterliegt.
- Die russische Präsenz in Transnistrien und die zweideutige Position Russlands als Vermittler einerseits und als interessierte Partei andererseits ließen Zweifel an Moskaus Fähigkeit aufkommen, Fortschritte zu unterstützen (Russland lehnt die Ratifizierung des mit Moldau in Moskau im Oktober 1994 unterzeichneten Abkommens ab, das einen Zeitplan für den Abzug seiner Streitkräfte festlegt, dessen Fristen seit dem Gipfel von Istanbul immer wieder auf unbestimmte Zeit verschoben wurden).
- Was könnte die Parteien dazu zwingen, Abkommen zu implementieren, solange eine zentrale politische Vereinbarung, wie etwa im Dayton-System, fehlt, die sie internationalem Druck aussetzt?
- Infolge der Konsensregel werde das Abkommen ebenso wie das gesamte *Peacekeeping* von Russland dominiert und würde deshalb nicht funktionieren.

- Die Unterzeichnung eines jeden Dokuments mit Transnistrien verleihe diesem einen gleichberechtigten Status, was ein Schritt zur Anerkennung seines Rechts auf Unabhängigkeit wäre.

Dennoch haben beide Seiten ihr Interesse an dem Paket bekundet; Moldaus Verteidigungsminister hat bereits der Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf Expertenebene zugestimmt, die das Thema im Vorfeld von Verhandlungen mit der OSZE-Mission erörtern soll. Die transnistrischen Behörden wurden eingeladen, ebenso zu verfahren. Eine von der transnistrischen Führung eingesetzte Expertengruppe blieb der Vorstellung des Pakets durch Fachleute der OSZE-Mission mehrfach ohne Erklärung fern.

Allem Anschein nach haben die Schritte, die Präsident Voronin gegenüber Russland unternommen hat, seine VBM-Vorschläge und das kürzliche Treffen zwischen Dmitri Medwedew, Vladimir Voronin und Igor Smirnow in Moskau ein günstiges Klima geschaffen, in dem ein fruchtbarer Dialog über den Sicherheitssektor begonnen werden kann. Russlands Einfluss ist entscheidend, wenn die transnistrischen Stellen davon überzeugt werden sollen Verhandlungen aufzunehmen. Die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch muss jedoch von der OSZE geschaffen werden; die Mission hat mit der Veranstaltung von Seminaren über VSBM im Oktober 2007 und im April 2008 in Odessa bereits damit begonnen. Beide Seiten haben ihr weiteres Interesse an solchen Treffen bekundet, so dass es demnächst eine Wiederholung geben wird – diesmal mit der Erwartung, dass beide Seiten sich dazu verpflichten, den Dialog zu institutionalisieren und die Arbeit aufzunehmen.

Skepsis gegenüber der Wechselbeziehung zwischen den politischen Verhandlungen und den Gesprächen über VSBM ist unangebracht: Wenn es in den politischen Verhandlungen keine Fortschritte gibt, können auf einer niedrigeren Ebene vertrauensbildende Maßnahmen dazu beitragen, das Klima für politische Verhandlungen zu verbessern.

Ein ehemaliger Leiter der OSZE-Mission in Moldau stellte einmal fest: „Die VSBM-Arbeit endet nicht mit einer möglichen Lösung. Genau genommen ist sie erst der Anfang.“⁷ Die VSBM-Verhandlungen haben noch eine lange Zukunft vor sich und sie brauchen von allen Seiten Unterstützung. Die Einbindung der USA und der EU als Beobachter in das 5+2-Format ist ein Weg, diese Unterstützung zu gewährleisten. Der Bedarf an Geld und Know-how ist nicht zu knapp, beides wird für die Ausbildung von Inspektoren und Friedenstruppen, den Bau von Lagerstätten, den Rüstungsabbau, die Einrichtung spezieller Kommunikationssysteme, die Umschulung entlassenen Verteidigungs- und Sicherheitspersonals, die Konversion von Ausrüstung, die Ausstattung, Planung und Schulung für Katastrophenschutzsätze und die Suche nach neuen Wegen zur Förderung von Vertrauen und Sicherheit, kurz:

7 Louis O’Neill, ehemaliger Leiter der OSZE-Mission, in seiner Schlussbemerkung beim VSBM-Seminar im Oktober 2007.

für die Schaffung von Voraussetzungen, unter denen friedliche Gespräche stattfinden können, benötigt.

Es herrscht Einigkeit darüber, dass der Konflikt weder ethnisch noch religiös bedingt ist; es geht auch nicht um die Sprache und es ist schwierig überhaupt einen Unterschied festzustellen, wenn man den Dnjestr überquert. Im Unterschied zu den Konflikten im Kaukasus hat dieser Konflikt deshalb auch bessere Aussichten darauf, gelöst zu werden. Die Erwartungen beider Seiten sind hoch, doch gibt es durchaus Raum für Kompromisse zwischen dem völkerrechtlichen Weiterbestehen Moldaus in seinen Grenzen von 1991, dem Willen der Transnistrier, ihre Autonomie zu erhalten, und den Interessen Russlands in der Region. Der Prozess, einen solchen Kompromiss Realität werden zu lassen, hat vor mehreren Jahren begonnen; durch kleine Schritte zur Vertrauensbildung kann er wieder aufgenommen werden.